

Berlin, 29.03.2018

## Stellungnahme

### bezüglich der Regelungsentwürfe zur Ratifizierung und Umsetzung des London-Protokolls im Hinblick auf das Marine Geo-Engineering

- Wir sprechen uns **gegen jegliche Form des Geo-Engineerings** aus. Die langfristigen, mittelbaren und unmittelbaren Folgen und die Tragweite einer bewussten Veränderung der Erdsysteme sind unkontrollierbar, da das wissenschaftliche Verständnis der Funktion des planetaren Ökosystems als Ganzes sowie seiner Subsysteme unzureichend ist. Eine Manipulation der Erdsysteme durch derart massive Eingriffe ist unverantwortlich. Auch die rechtlichen Grundlagen inkl. der Haftung im Schadensfall bleiben insbesondere aufgrund der grenzüberschreitenden Auswirkungen unklar. Wir fassen dabei explizit unter Geo-Engineering auch das Konzept der „negativen Emissionen“ bspw. im Rahmen von Bioenergy with Carbon Capture and Storage (BECCS).
- Wir halten **Geo-Engineering insbesondere im Angesicht der wachsenden weltweiten Umweltprobleme für den völlig falschen Weg**, bei welchem weitere Umweltzerstörung, Menschenrechtsverletzungen oder gar größere Katastrophen nicht auszuschließen sind. Das Meer kann nicht die Probleme lösen, welche die Menschheit mit der Verbrennung fossiler Brennstoffe erzeugt. Um ein gerechtes, gesundes und umweltfreundliches Leben auf dem Planeten über Generationen hinweg zu gewährleisten, brauchen wir nicht noch mehr, sondern weniger Eingriffe in die Öko- und Erdsysteme (wie die Ozeane, die Atmosphäre, den Kohlenstoffkreislauf oder den Wasserkreislauf).
- Stattdessen brauchen wir **weitreichende Änderungen unserer nicht nachhaltigen Wirtschaftsweise**, also eine mutige Politik hin zu einem schnellstmöglichen und konsequenten Kohleausstieg, eine schnelle Energie- und Verkehrswende und eine effektive Kreislaufwirtschaft. Ziel einer konsequenten Umweltpolitik muss es sein, die durch den Menschen verursachte Treibhausgasemissionen und Schäden an Natur und Umwelt zu vermindern und nicht durch möglicherweise folgenschwere Eingriffe des Geo-Engineerings zu versuchen, diese zu kompensieren. Wir sehen die **Bundesregierung in der Pflicht, in diesen Politikfeldern national deutlich ambitionierter voranzuschreiten**, und sich **international für die Umsetzung und Einhaltung entsprechender Abkommen wie dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD), dem Pariser Übereinkommen und der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung einzusetzen**.

- Wir fordern die Bundesregierung auf, sich **in anderen internationalen Prozessen, insbesondere der Klimarahmenkonvention, aktiv gegen die Legitimation und den Ausbau von Geo-Engineering** einzusetzen. Wir möchten in diesem Zusammenhang auf **einen offenen Brief der Mitglieder der CBD-Alliance** ans UNFCCC, an Regierungsdelegierte, Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen und den IPCC vom November 2017 zum Thema „Geoengineering is a distraction from the real priorities: Emission reductions“ verweisen.
- Wir **unterstützen somit, dass mit der Änderung des London-Protokolls ein Verbot für kommerzielles Geo-Engineering** im Bereich der Meeresdüngung eingeführt werden soll.
- und begrüßen, dass die Bundesregierung die Umsetzung der Änderungen des London-Protokolls in deutsches Recht sowie seine Ratifizierung anstrebt. Wir hoffen, dass sich die **Bundesregierung auch international dafür einsetzt, dass die Änderung von weiteren Staaten ratifiziert wird.**
- Den in der Änderung beinhalteten **Erlaubnisvorbehalt für Meeresdüngung in der Ergänzung des London-Protokolls zu Forschungszwecken halten wir jedoch für hochproblematisch.** Es besteht die Gefahr, dass langfristig die kommerzielle Durchführung von Geo-Engineering doch legalisiert werden könnte. Wir fordern die Bundesregierung aus diesem Grund auf, sich durch eine entsprechende **Anpassung der nationalen Gesetzgebung gegen Forschungsvorhaben und zukünftige Forschungsförderprogramme im Bereich Geo-Engineering auszusprechen und dies auch international zu vertreten.** Gerne möchten wir in diesem Zusammenhang auch auf **unsere Kritik am LOHAFEX-Experiment zur Ozean-Düngung aus dem Jahr 2008** verweisen, in dem wir bereits darauf hinwiesen, dass die Ausführung des Experiments in krassem Gegensatz zum Beschluss IX/16 der 9. Vertragsstaatenkonferenz zur Konvention über die biologische Vielfalt und dem Moratorium zur Düngung der Meere steht.
- Wir fordern die Bundesregierung auf, **die wissenschaftliche Erforschung der Erdsysteme und der Ozeane unabhängig von wirtschaftlichen Nutzungsinteressen zu fördern und auszubauen.**
- Die Ozeane sind die wichtigste regulierende Kraft unseres Klimasystems. Sie speichern und transportieren Wärme, beeinflussen so unser Wetter sowie das Klima und sind die größte und wichtigste Kohlenstoffsенke unseres Planeten. Gesunde Meere sind somit eine Grundvoraussetzung für unser Leben auf dem Planeten. **Die Bundesregierung sollte sich aus diesem Grund stärker als bisher für die Ausweisung von Meeresschutzgebieten mit effektiven Managementstrategien und Zonierungskonzepten mit wenig und ungenutzten Bereichen auf Basis transparenter und partizipativer Verfahren einsetzen.** Dazu gehört auch sich für die Weiterentwicklung internationaler Regelungen zum Schutz der Meere einzusetzen, insbesondere auch außerhalb der Bereiche unter nationaler Jurisdiktion (Hohe See und ‚the Area‘). Für den Schutz der Biodiversität auf der Hohen See und der Ökosysteme ihres Wasserkörpers und bodenlebenden Gemeinschaften muss ein gesondertes Durchführungsübereinkommen zum BBJN im Rahmen des UN-Seerechtsübereinkommens abgeschlossen werden, das Meeresschutzgebiete in entsprechendem Umfang vorsieht.